

Solidarität



Organ Des Verbandes Der graphischen Hilfs- Arbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands

Erscheint wöchentlich Sonnabends • Bezugspreis monatlich 0,50 RM. ohne die Bestellgebühr • Anzeigen: die 3gespaltene Petitzeile 1,- RM. Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 0,10 RM. • Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an • Nur Postbezug ist zulässig

Nr. 30 • 36. Jahrgang

Berlin, den 26. Juli 1930

Nach der Auflösung des Reichstages

Artikel 48 sollte helfen

Der Reichstag ist aufgelöst. Zwei Monate lang wird man trotz der Abstimmung im Reichstag versuchen, mit dem Artikel 48 als einer sogenannten Notverordnung zu regieren. Am 14. September wird dann das deutsche Volk zwischen einer demokratischen Regierung und einem diktatorischen Bürgerblock zu wählen haben.

Die Regierung Brüning stand von vornherein auf wackligen Beinen. Sie lebte von dunklen Drohungen und vom Umfall der Deutschnationalen. Das Loch im Etat wuchs, aber ihre Finanzprogramme wurden der Reihe nach niedergestimmt. Es nützte nichts, daß sich Brüning immer mehr nach rechts lehnte und seine Deckungsvorlagen immer massenfeindlicher wurden. Aber Brüning ging nicht, als auch das letzte Deckungsprogramm aufflog, sondern wollte es mit Hilfe des Artikels 48 erzwingen.

Der Artikel 48 heißt im Wortlaut:

„Der Reichspräsident kann, wenn im Deutschen Reich die öffentliche Sicherheit und Ordnung erheblich gefährdet wird, die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nötigen Maßnahmen treffen, erforderlichenfalls mit Hilfe der bewaffneten Macht einschreiten. Zu diesem Zweck darf er vorübergehend die in den Artikeln 114 (Freiheit der Person), 115 (Unverletzlichkeit der Wohnung), 117 (Postgeheimnis), 118 (Freiheit der Meinungsäußerung), 123 (Wahlheimlichkeit), 124 (Vereinsschutz) und 133 (Gewährleistung des Eigentums) festgelegten Grundrechte ganz oder zum Teil außer Kraft setzen. Von allen getroffenen Maßnahmen hat der Reichspräsident unverzüglich dem Reichstag Kenntnis zu geben. Die Maßnahmen sind auf Verlangen des Reichstages außer Kraft zu setzen.“

Die Voraussetzung für die rechtmäßige Anwendung des Artikels 48 ist die Gefährdung oder Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung. Er wendet sich offenbar gegen Aufruhr und gibt dem Reichspräsidenten besondere Vollmacht, zur Verteilung der Verfassung rasch zu handeln. Auf keinen Fall kann man ihn, wenn man im Sinne der Verfassung handelt, zur Ausschaltung des Parlaments benötigen, sei es auch nur für die zwei Monate bis zur Neuwahl des aufgelösten Reichstages.

Man kann nicht behaupten, daß ein mißglückter Deckungsvorschlag eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung bedeutet. Hilflose Reichstanzler und Finanzminister müssen eben andere Vorschläge einreichen, die Aussicht auf eine Mehrheit haben, und wenn sie das nicht wollen, zurücktreten. Brüning hat sich nicht einmal Mühe gegeben, eine andere Mehrheit zu suchen. Sein Ziel war die Bildung einer starken, regierungsfähigen Mehrheit. Den Artikel 48 wollte er zum Zusammenschweißen dieses Bürgerblockes mißbrauchen.

Die letzte vom Reichstag niedergestimmte Deckungsvorlage wurde von der Regierung als Notverordnung auf Grund des Artikels 48 in Kraft gesetzt. Der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion auf Aufhebung dieser Notverordnung wurde mit 236 gegen 221 Stimmen angenommen. Brüning hat hierauf die ihm vom Reichspräsidenten gegebene Vollmacht angewendet und den Reichstag aufgelöst.

Die erwähnte Notverordnung ist bereits zurückgezogen. Andere Verordnungen, die ungefähr den gleichen Inhalt haben, werden aber binnen kurzem erlassen werden. Selbst der am 14. September neu zu wählende Reichstag auch diese Deckungsvorlagen ab, dann kann er aus dem gleichen Anlaß nicht noch einmal aufgelöst werden (Artikel 25). Die zwei bis drei Monate Galgenfrist für die Regierung Brüning genügen aber nicht, um den Etat des Reiches nach den Wünschen des Kapitals in Ordnung zu bringen.

So sehen wir, daß die Anwendung des Artikels 48 zum Eintreiben von Steuern nicht nur verfassungswidrig, sondern auch sinnlos ist. Ohne Zustimmung des Reichstages geht es ja doch nicht. Bei Auflösung

des Reichstages ist eine Finanzdiktatur gerade bis zum Zusammentritt des neugewählten Reichstages möglich. In zwei bis drei Monaten wird das diktirierte Finanzprogramm wieder aufliegen.

Das Vorgehen Brünings kann man sich nur so erklären, daß er den Artikel 48 in erster Linie als ein Druckmittel zur Bildung einer regierungsfähigen Mehrheit verwenden wollte. Der Bürgerblock von den Demokraten bis zu den Deutschnationalen sollte stabilisiert werden. Brüning hat sein Ziel nicht erreicht. Die Deutschnationale Partei ist zwar zerfallen. Ein Teil unter der Führung Westarps stützte Brüning, aber Hugenberg blieb stark genug, um die Brünnings zu stützen.

Die Neuwahlen werden aller Voraussicht nach eine Schwächung der jetzigen Regierungsparteien bringen. Insbesondere die Deutsche Volkspartei und der Flügel um Westarp dürften starke Verluste erleiden. Der gegenwärtige volksfeindliche Kurs ist dann nicht mehr möglich. Eine Regierungsbildung ohne die Sozialdemokratie ist kaum denkbar. Die Politik Brünings, die auf eine dauernde Ausschaltung der Sozialdemokratie hinielte, wird nur beweisen, daß es ohne sie nicht mehr geht.

Immerhin mahnt die verfassungswidrige Anwendung des Artikels 48 zur Vorsicht. Sie ist ein gefährliches Spiel mit dem Diktaturgedanken. Das Kapital wird um so diktatorischer, je mehr sich seine parlamentarische Stellung schwächt. Schon daraus muß die Arbeiterklasse erkennen, daß sie mit der Demokratie ihre eigene Sache verteidigt.

Und nicht allein das ist es für uns Gewerkschafter. Unsere politische Stellungnahme wird weiter bestimmt durch die sozialen „Reformen“, mit denen die hoffentlich durch die Neuwahlen bald endgültig erledigte Regierung die Arbeiterklasse beglücken wollte. Die heillose Angst des Reichstanzlers und seiner Helfer vor der Auflösung des Reichstages beweist, daß sie der Abrechnung mit der arbeitenden Bevölkerung weit aus dem Wege zu gehen haben.

Die Stellung der Gewerkschaften in diesem Wahlkampf hat Kollege Graumann, 2. Vorsitzender des DGB, in einem Leitartikel des „Vorwärts“ vom 20. Juli klar umrissen:

Für die Gewerkschaften kann es in dem kommenden Wahlkampf, der um die Verteilung der inneren Lasten und um den Schutz der Sozialpolitik vor all denen geführt wird, die sie „reformieren“, d. h. verschlechtern wollen, nur eine Partei geben, die sie unter dem Einsatz ihrer ganzen Kraft unterstützen wird: die Sozialdemokratie.

In den vergangenen Jahren unermüdlicher Abwehrkämpfe haben die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie Schulter an Schulter die Rechte der Arbeiterschaft verteidigt. Diese Bundesgenossenschaft, die sie seit ihren Anfängen verbindet, und in dem erbitterten Ringen um die Erhaltung der sozialen Errungenschaften der Nachkriegszeit ihre lebendige Kraft aufs neue bewährt hat, ist nie notwendiger gewesen als in diesem Wahlkampf, der zu einem Reichstag führen muß, der von Grund auf anders zusammengesetzt ist als der, der am Freitag sein Ende gefunden hat.

Der Ausgang dieser Wahlen entscheidet über das Schicksal des werktätigen Volkes in den nächsten Jahren. In diesem geschichtlichen Augenblick muß die deutsche Arbeiterschaft ihre ganze Kraft auf den einen Zweck konzentrieren, ihrer politischen Vertretung in dem neuen Reichstag eine Machtstellung zu verschaffen, die es ihr ermöglicht, der geschlossenen Front der Gegner der Sozialpolitik ihren Willen aufzuzwingen und eine wirtschafts- und Finanzpolitik durchzuführen, die eine gerechte Verteilung der inneren Lasten verbürgt und einen Weg aus der Wirtschaftskrise weist, der nicht über den rücksichtslosen Abbau der Löhne und der sozialen Leistungen führt.

Der unfreie Wind in den Betrieben

Zu dem Artikel in Nr. 25 unserer Verbandszeitung gingen bei der Redaktion mehrere zustimmende Äußerungen aus Kollegenkreisen ein, die wir leider nicht alle veröffentlichen können, die auch nicht alle zur Veröffentlichung geeignet sind. Unter diesen Einwendungen findet sich eine temperamentvolle Zuschrift des Kollegen K. R. aus Berlin, die wir teilweise unseren Lesern nicht vorenthalten wollen. Wir geben im Auszug und stark gemildert wieder, was der Berliner Kollege schreibt:

Die Betriebsinhaber sind es meist nicht, die dem Buchdruckerarbeiter gegenüber ein so skandalöses Benehmen an den Tag legen, wie es in dem fraglichen Artikel geißelt wird. Aber ihre Antreiber, Abteilungsleiter oder -leiter, wie sie sich nennen, nehmen sich im Betriebe Freiheiten heraus, die einfach nicht überboten werden können. Und daß sich manche Kollegen diese Behandlung gefallen lassen, ist nur erklärlich, wenn auch nicht entschuldigbar, durch die Angst vor der Arbeitslosigkeit, die den Kollegen in den Knochen sitzt. Alle fürchten das Wort des „Meisters“: Gehen Sie doch woanders hin, wenn es Ihnen nicht paßt!

Sie lassen sich in einer Form herumjagen, anschnäuzen, ja beleidigen, daß den noch einigermaßen widerstandsfähigen Kollegen heiß und kalt vor innerer Erregung wird. Heller Zorn packt dann die Betriebsräte und Vertrauenspersonen wie auch jene, die für ihre Person solche „meisterlichen“ Freiheiten gebührend zurückweisen würden. Es geht wirklich nicht mehr so weiter, wollen wir nicht in kürzester Zeit allen Stolz freigewerkschaftlicher Arbeiter vor die Hunde gehen sehen. Wir müssen mehr noch als bisher seitens der Gewerkschaften die Mitglieder in ihrem Mannesstolz, ihrer Menschenwürde den Rücken stärken, müssen sie darauf aufmerksam machen, daß es persönliche Beleidigung ist, wenn der Abteilungsmeister sie in herrischer Rede, befehlstonnig wie ein Unteroffizier der wihlfeministischen Armee, bei der Arbeit antreibt. Ja, daß es eine Ungehörigkeit ist, wenn der Antreiber barsch „Müller“, „Kunze“ brüllt.

Die Arroganz dieser Leute geht so weit, daß sie, obwohl oft ungebildet und dumm, ihre Person als „Vorbild“ den Belegschaften präsentieren. Ihre ganze Abteilungsleiterkunst besteht darin: dauernd den Betrieb zu erschüttern, die Belegschaft zu erregen, Arbeitsfreude herabzumindern und damit — das sollten manche Chefs endlich begreifen — die Rentabilität des Geschäftes in Frage zu stellen. Und daneben: ganze Auflagen — die in die Zehntausende gehen — Makulatur drucken! Diesen Folgen einer ungünstigen Konjunktur auch in unserem Gewerbe ist größte Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Sie zeigen in erschreckendem Ausmaß die Auffassung des Privatkapitals von Wirtschaftsdemokratie und politischer wie kultureller Freiheit. Ob nun diese Leute (die Abteilungsmeister) offene oder gar organisierte Faschisten sind, ist von sekundärer Bedeutung, es genügt, daß sie die Mentalität faschistischer Wirtschaftsbeherrschung verkörpern.

Sie sind eine Gefahr, die täglich steigt.

Rufen wir das Solidaritätsgewissen wach! Laßt euch das nicht länger gefallen, Kolleginnen und Kollegen! Bereitet in den Betrieben die Abwehr vor! Bearbeitet jeden, aber auch jeden Kollegen, von dem ihr wisst, daß etwas in ihm zu zerbrechen droht. Wo irgendwie der Aufstellungspuffer Freiheiten wagt, wo ordinärer Dünkel, empörende Schamane und unfallherbeißernde Treiberei sich breitmachen will, da ist es Zeit, anzugreifen!

Die Gewerkschaften müssen und werden mit allen organisatorischen Mitteln das Zeitalter dieses Systems bekämpfen und beenden!

Die Zukunft einer stolzen, werbewußten, Klassen-geschulten Arbeiterschaft ist gefährdet! K. R.

Jahrbuch! „Berufsschulen für Angeleitete“

In Nummer 25 der „Solidarität“ lenkt ein Artikel-schreiber „N.“ unsere Aufmerksamkeit auf die „Berufsschulen für Angeleitete“. Mit Recht kritisiert er deren stiefmütterliche Behandlung und beleuchtet mit Gelehrtheit die herrschenden Missverhältnisse. Dem Sinne nach deckt sich der Aufsatz mit den Ausführungen des Kollegen Otto Heßler vom Bundesvorstand auf dem letzten Gewerkschaftstongress in Hamburg und in Nr. 5/1929 der Gewerkschaftszeitung. Weil die aufgeworfene Frage nicht nur mit zarten Anregungen oder Wünschen zu vergleichen ist, verdient sie gerade in unserer Organisation pflichtgemäßester Behandlung, denn es geht hier um die Weiterbildung der Angeleiteten, einer breiten Volksschicht im heutigen Wirtschaftssystem. Die Frage sei daher auch einmal von der praktischen Seite aus beleuchtet. Einer Begründung zur Einrichtung von Fachschulen für Angeleitete bedarf es meines Erachtens in unsern Kreisen nicht, worauf es ankommt, ist zunächst die Aufzeigung der Widerstände, die bei der Durchföhrung zu überwinden sind, und die Darstellung von Beispielen, wie trotz alledem vorwärts zu kommen ist.

Die gezielte Grundlage zur Errichtung und Ausgestaltung der Fortbildungsschulen ist zur Zeit sehr dürftig. Das Reichsschulgesetz schummert noch im Schöße der Reichsfinanzien. Schulrecht ist Landesrecht. In Preußen bestehen nur Nichtkintinen, im übrigen ist es den Kommunen überlassen, die Berufsschulen auszubauen. Wehe denjenigen Wählern, die bei den Stadtverordnetenwahlen sich die Gegner des Fortschritts selber gewählt haben. Die Widerstände sind dann doppelt groß. Aendertungsweise seien nur einige genannt, die fast überall anzutreffen sind:

1. Die Stadtverwaltungen und Schulämter müssen heute sparen, wenn auch die höheren Lehranstalten weit größere Summen verschlingen. Gerade aber die Weiterbildung der breiten Masse verdient schon aus volkswirtschaftlichen Gründen die stärkste Förderung. Es gilt also, die uns nahestehenden Fraktionen mobil zu machen.
2. Die Unternehmer und deren Sprachorgane, vor allem die Industrie- und Handelskammern, verneinen die Bedürfnisfrage zur Einrichtung von Berufsschulen für Angeleitete fast ständig. Sie brauchen angeblich nur hochqualifizierte Facharbeiter. — Wie sieht aber die Wirklichkeit aus? Industrie, Handel und Verkehr können nur einen Teil der Schulentlassenen als Lehrlinge aufnehmen; was aus den übrigen bleibenden wird, kümmert sie nicht, man sieht sie nur gerne als billige und willige Arbeitskräfte, die für alles zu gebrauchen sind. — Das Unternehmertum nach Fachkräften muß also ins richtige Licht gerückt werden.
3. Auch einzelne Arbeiter aus gelehrten Berufen kann man antreffen, die die Berufsschulung der Angeleiteten mit scheelen Augen ansehen. Sie erblicken im Angeleiteten den aufstrebenden Konkurrenten, vergessen aber dabei, daß die technische Entwicklung den angeleiteten Arbeiter immer mehr in den Mittelpunkt des Arbeitsprozesses stellt.

Bei dieser Gelegenheit sei auch einmal darauf hingewiesen, wie rücksichtslos alljährlich ein Teil der schulentlassenen Jugend ins große Heer der Angeleiteten gedrängt wird. Fast jede Berufsorganisation warnt um die Osterzeit die Eltern, ihre aus der Schule entlassenen Kinder nur ja nicht diesen oder jenen Beruf erlernen zu lassen — und wenn schon — dann dürfen es nur gut erzogene, gesunde, geistig befähigte und tüchtige Sprößlinge sein. Was mit dem Rest der verkümmerten, der geistig Zurückgebliebenen wird, überläßt man großmütig denjenigen Organisationen, die die Angeleiteten zu betreffen haben. — Berufsstolz in Ehren, er darf aber nicht zum Berufsgoismus werden, und kein Gelehrter sollte je vergessen, daß der Angeleitete mit der frühesten Aussicht auf sein späteres Fortkommen ohne jede Aufstiegsmöglichkeit das bedauernde Opfer der heutigen Wirtschaftsverhältnisse ist.

Trotz der hier gezeigten Widerstände, die beliebig ergänzt werden können, sollten wir allereits unsere besagte Forderung durchzusetzen versuchen. In einer Reihe von Großstädten ist die fachliche Schulbildung der Angeleiteten mit Erfolg versucht worden. Die große Zahl derjenigen Schüler, die keinen handwerklichen Beruf ergreifen können, zwingt die Verwaltungen, auf das Zeitalter der Technik Rücksicht zu nehmen.

In Köln und andern großen Städten ist beispielsweise schon seit Jahren jeder Schulentlassene verpflichtet, bis zum vollendeten 18. Lebensjahre die Fortbildungsschule zu besuchen. Für Köln verteilen sich die Schüler in den letzten fünf Jahren zahlenmäßig in folgende drei Hauptgruppen:

Jahr	Kaufm. Lehrlinge			Gewerbliche Lehrlinge			Angeleitete		
	männl.	weibl.	ges.	männl.	weibl.	ges.	männl.	weibl.	ges.
1925	2794	3380	6182	8853	2262	11113	4637	5952	10589
1926	2417	3013	5430	9057	2228	11285	4995	7264	12259
1927	2357	4263	6620	10070	2124	12194	4981	7552	12533
1928	2442	4810	7252	9520	2098	11618	4796	6869	11665
1929	2730	5221	7951	9007	2312	11319	4617	5945	10562

Wenn je Zahlen etwas beweisen könnten, dann bestimmt diese. Bei Betrachtung der Tabelle schalten wir einmal den kaufmännischen Beruf aus. Beschäftigten wir uns nur mit denjenigen, die unter den sogenannten Begriff Arbeiter fallen. Wir sehen, daß die Gesamtzahl der männlichen und weiblichen Angeleiteten der Gesamtzahl der männlichen und weiblichen Lehrlinge die Waage hält. Von den männlichen Lehrlingen fällt nun annähernd die Hälfte unter die Metallberufe. Demnach steht die übrige Zahl der handwerksmäßigen Lehrlinge nur auf derselben Höhe wie die männlichen Angeleiteten.

Während die Lehrlinge aber reiflos in ihren vielverzweigten Fachschulen mit muster-gültigen Werkstätten eingeschult sind, erhalten die Angeleiteten einen weit geringer einstufigen Unterricht. Bei den Mädchen treten die Differenzahlen noch viel krasser in die Erscheinung. Die jugendlichen Arbeiterinnen überwiegen selbst unter Abzug der Hauswörter und Haushaltdmädchen die weiblichen gewerblichen Lehrlinge nach den zur Verfügung stehenden Zahlen um glatt ein Drittel. Ob es in andern Städten anders liegt, dürfte zu bezweifeln sein. Wenn dem aber so ist (die Kölner Zahlen stammen aus einwandfreier Quelle), um so nachhaltiger ist die Forderung berechtigt, denjenigen Schulentlassenen, die keinen Beruf mit dem Lehrzeugnis in der Hand erlernen können, technische Handfertigkeiten beizubringen, die ihnen das Fortkommen im späteren Leben ermöglichen.

25 Jahre Zahlstelle Bielefeld

In diesem Jahre kann die Zahlstelle Bielefeld auf ein 25jähriges Bestehen zurückblicken.

Im Jahre 1905, nach einem Jezerat unserer unvergesslichen Kollegen Paula Thiede, von 12 männlichen und 33 weiblichen Mitgliedern gegründet, hat die Zahlstelle wie so viele andere das Auf und Ab in der Mitgliederbewegung erlebt.

Die Ursachen für diese Erscheinung lagen hauptsächlich darin, daß geregelte lohn tarifliche Verhältnisse nicht bestanden. Die Lohnfestsetzung fand individuell nach dem Guldünken der Unternehmer statt. Daran änderten auch die im Jahre 1907 abgeschlossenen „Allgemeinen Bestimmungen“ nichts, die wohl das Arbeitsverhältnis und die Arbeitszeit regelten, die Festsetzung der Löhne aber den einzelnen Zahlstellen überließen. Zu einer solchen Regelung war die Kraft der Mitglieder am Orte nicht ausreichend.

Ein im Jahre 1906 verllorener Streik in der größten Firma tat sein übriges, um die Mitgliederzahl auf ein Minimum herabsinken zu lassen, so daß unserm Gau-leiter, Kollegen Sparfuß, nichts anderes übrigblieb, als durch intensive Hausagitation das Werk von neuem aufzubauen. Hierbei leisteten ihm die Buch- und Stein-drucker die denkbar beste Hilfe. Deshalb wollen wir auch an dieser Stelle unseren gelehrten Mitarbeitern für die Verbreitung des Organisationsgedankens unter dem Hilfspersonal und für die uns auch heute noch zuteil werdende Hilfe unseren Dank aussprechen.

Ein im Jahre 1911 unternommener neuer Versuch zur lohn tariflichen Regelung führte wiederum zu einem Streik, der gleichfalls verlörenging, und die geleistete Aufbauarbeit war wieder vergeblich gewesen.

Der vierjährige Krieg und die Einberufung der männlichen Mitglieder zum Heeresdienst wirkte ebenfalls ungünstig auf die Arbeiten der Zahlstelle ein. Leider liegen Protokolle bis zum Jahre 1919 nicht mehr vor, so daß über das Wirken und Streben für diese Zeit nicht viel gesagt werden kann.

Erst nach dem verlorenen Kriege und der damit verbundenen Staatsumwälzung trat eine wesentliche Änderung ein. Die furchtbaren Kriegsfolgen öffneten so manchem die Augen und brachten ihm die Erkenntnis, daß nur in einem starken organisatorischen Zusammenschluß der Weg zu einer besseren Zukunft liegt. Die Mitgliederzahl wuchs stark an. Das Interesse am Organisationsleben und auch der Verammlungsbezug war groß. Die Unternehmer wurden gezwungen, mit uns in Verhandlungen einzutreten, und so gelang es, den ersten Lohn tarif abzuschließen.

Heute kann die Zahlstelle einen festen Mitgliederbestand von über 400 aufweisen. Wenn auch noch ein kleiner Teil von Hilfsarbeiterinnen und Hilfsarbeitern abseits steht, so glauben wir, daß auch sie in absehbarer Zeit den Weg zur Organisation finden werden.

Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse sind tariflich geregelt; auch in den gemischten Betrieben, Buch- und Stein druck, ist der Reichstarif der Hilfsarbeiter eingeföhrt. Ein vernünftiges Unternehmertum trägt mit dazu bei, daß Differenzen vermieden werden, und wo solche doch einmal aufstauen, werden sie durch Verständigung der Leitungen beider Organisationen behoben.

An dieser Stelle sei aber besonders des Kollegen Tüt gebacht, der neun Jahre die Leitung der Zahlstelle in treuen Händen hatte. Mag auch mancher an seiner Tätigkeit Kritik geübt haben — wem blüht dieses Los nicht, der an leitender Stelle steht? —, so hat er doch sein Bestes getan im Dienste der Kollegenschaft und der gesamten Organisation. Deshalb wollen wir ihm über sein Grab hinaus ein ehrendes Anbenken bewahren.

Nur ein Kollege, Emil Ulrich, kann gleichzeitig mit dem Jubiläum der Zahlstelle auf eine 25jährige Verbandsmitgliedschaft zurückblicken. Ihm sei unser Glückwunsch dargebracht.

In kurzen Umrissen haben wir die verflohenen 25 Jahre Revue passieren lassen. Mögen die weiteren 25 Jahre das begonnene Werk nicht nur erhalten, sondern weiter vervollkommen im Interesse der Bielefelder Kollegenschaft und des gesamten Verbandes.

Die Mitglieder der Zahlstelle Bielefeld sind gewillt, ein festes Glied in der Kette zu sein, die durch die Organisation über ganz Deutschland gespannt ist, und sie wird, wenn ein übermütiges Unternehmertum, ähnlich wie in der Eisenindustrie Nordwest, diese Kette zerreißen will, mit dazu beitragen, daß dieses Vorhaben nicht gelingt.

In diesem Sinne für die nächsten 25 Jahre ein herzliches: „Glück auf!“

... ff.

Echt kapitalistisch!

(Druckmaschinenfabriken und Verschrottung alter Druckmaschinen)

Vor einiger Zeit berichteten wir von Verhandlungen, die zwischen der gewerblichen Unternehmerorganisation und den Druckmaschinenfabriken geführt wurden. Ausgangspunkt dieser Verhandlungen waren die zugespitzten gewerblichen Konkurrenzverhältnisse und die Erkenntnis, daß endlich einmal durchgreifende Maßnahmen getroffen werden müßten, um die annähernde Aberein-stimmung der gewerblichen Produktionsfähigkeit mit dem vorhandenen Auftragsbestand wieder herzustellen. Demzufolge strebte man ein Abkommen an, wonach die beteiligten Parteien übereinstimmend Neugründungen von gewerblichen Betrieben durch Ankauf und Verschrottung alter Druckmaschinen weitgehend zu erschweren suchten. Der damalige Stand der Verhandlungen ließ die begründete Aussicht zu, daß die Verhandlungen zu einem erfolgreichen Abschluß gelangen würden, und sicherlich läge bereits ein perfektes Abkommen vor, spielte bei der ganzen Angelegenheit nicht die leidige Geldfrage eine hervorragende Rolle. Und wie immer auf dieser kapitalistischen Erde haben sich auch hier die Geister geschoben.

Die deutschen Druckmaschinenfabriken, deren erfreuliche Absatz- und Gewinnsteigerung wir in der jüngeren Vergangenheit mit Interesse zur Kenntnis genommen haben, vertreten mit der üblichen Bescheidenheit die Ansicht, daß die Aufbringung der erforderlichen Mittel zum Ankauf der alten Druckmaschinen die alleinige Angelegenheit der gewerblichen Unternehmerorganisation sei. Angesichts des starken Interesses, welches die Druckmaschinenfabriken aus rein geschäftlichen Gründen der Frage der Verschrottung alter Druckmaschinen entgegenbringen müßten, ist ihre Stellungnahme, gelinde gesagt, eine grobe Unfairness. Zwar läßt sich nicht bestreiten, daß an der Ausschaltung alter Druckmaschinen in erster Linie die gewerblichen Unternehmer interessiert sind. Ebensovienig aber kann bestritten werden, daß die Verschrottung alter Druckmaschinen, in großem Umfange betrieben, für die Druckmaschinenfabriken ein außerordentlich fettes Geschäft bedeutet. Aus diesem Grunde konnte ihnen mit Fug und Recht zugemutet werden, sich in entsprechendem Umfange an der Vorfinanzierung dieses Geschäfts zu beteiligen. Statt dessen halten diese Herren die Hand aufs Portemonnaie und vertriehen sich hinter die Erwartung, daß die gewerbliche Unternehmerorganisation nofalls ja auch ohne den Pflichtbeitrag der Maschinenfabriken das Programm Verschrottung durchführen wird. In der Tat: sehr nobel!

Die gewerbliche Unternehmerorganisation beachtlich, im äußersten Falle die alleinige Finanzierung vorzunehmen. So sehr wir die unverständliche Haltung der Druckmaschinenfabriken mißbilligen, so sehr haben wir andererseits den Wunsch, daß die finanzielle Belastung des Gewerbes durch die Finanzierung des Verschrottungsprogramms aus den künftigen lohnpolitischen Erörterungen herausbleibt. Denn sonst müßten wir mit allem Nachdruck daran erinnern, daß wir nicht gewillt sind, unsere Erbschaft an die Geschäft der Druckmaschinenfabriken zu finanzieren.

Nichtorganisierte unter dem Schutz des Fabrikdirektors

Durch den vor kurzem beendeten Streik in Maulburg (Baden) wurde, wie wir dem „Textilarbeiter“ entnehmen, die Arbeiterschaft der beiden Textilbetriebe in Steinen ebenfalls in Mitleidenhaft gezogen, indem sie von der Firma, ohne Einhaltung einer vierzehntägigen Kündigungsfrist, von einer Stunde auf die andere heimgeschickt worden sind. Soweit die organisierte Arbeiterschaft in Betracht kommt, haben die Gewerkschaften hierfür Streikunterstützung gezahlt, während die Nichtorganisierten von keiner Seite Unterstützung erhielten. Das Landesarbeitsamt in Stuttgart hat gemäß § 94 des GAW die Arbeitslosenunterstützung während der Dauer des Streiks abgelehnt, so daß auch diese Hoffnung der Unorganisierten zerfallen wurde. Sie wurden deshalb von der Direktion des Betriebes aufgefordert, sich in Listen einzutragen. Warum das zu geschehen hatte, konnte man anfänglich nicht erfahren. Die Gewerkschaften waren der Auffassung, daß die Firma sich großzügig zeigen würde, um den Unorganisierten als Anerkennung und Dank dafür, daß sie keiner Organisation angehören, während der Dauer des Streiks eine Unterstützung zu gewähren. Hierin hat man sich aber getäuscht. Wie sich nachträglich herausstellte, war der Zweck der Eintragung in die Liste ein ganz anderer. Erstens einmal geschah diese, um festzustellen, wieviel Leute in Steinen nicht organisiert sind, und zweitens wollte man die Namen deshalb wissen, weil man auf Betreiben der Direktion die Gewerkschaften schadenersatzpflichtig machen will. Den Gewerkschaftsvertretern ist auch tatsächlich eine Klageschrift zugegangen, laut welcher sechs unorganisierte Arbeiter von Steinen, vertreten durch den Fabrikdirektor Dr. Walter, dieser wieder vertreten durch Rechtsanwalt Grimm, Vörrach (im Hauptamt Syndikus des badiischen Textilarbeitgeberverbandes), wegen Schadenersatz verklagt wurden. Die Nichtorganisierten machen in dieser Klageschrift die Gewerkschaften dafür haftbar, daß sie nicht arbeiten konnten und ohne Aufkündigung auf die Straße gesetzt wurden. Die Gewerkschaften sollen nun den Lohnausfall begahen! Es wird das wohl ein sehr interessanter Prozeß werden. Jedem aufrechten Arbeiter und jeder Arbeiterin wird es aber peinlich berühren, daß es heute noch Arbeiter gibt, die ihre Interessenverletzung einem Fabrikdirektor und Syndikus des Arbeitgeberverbandes anvertrauen.

Rückgang des Fleischverbrauchs

Der Fleischverbrauch ist ein gutes Mittel, die Entwicklung des Massenverbrauchs im allgemeinen zu beobachten. In der letzten Zeit ist ein Rückgang des Fleischverbrauchs eingetreten. Wenn man den Verbrauch der Gesamtbevölkerung 1913 gleich 100 setzt, so ergibt sich, daß die Vergleichsziffer im Jahre 1928 111,2, 1929 109,0 und im ersten Vierteljahr 1930 103,5 betrug. Da die Zahl der Erwachsenen aber wesentlich größer ist als vor dem Kriege, ist die Annahme des Verbrauchs je Kopf der Gesamtbevölkerung nicht richtig. Zieht man nur die fleischverbrauchende Bevölkerung zum Vergleich heran, so betrug der Verbrauch (1913=100) 1928 100,7, 1929 98,3 und im ersten Vierteljahr 1930 96,8. Es ist also nach zwei Jahren nach der Berechnung der Reichskreditgesellschaft nicht nur absolut und je Kopf der fleischverbrauchenden Altersschichten ein wesentlich geringerer Fleischgenuss festzustellen. Die Lebenshaltung der Bevölkerung ist also schlechter geworden. Trotzdem wird nach Mitteln und Wegen gesucht, diese noch weiter herunterzudrücken.

Unternehmer für Konsumvereine

Bei den letzten Verhandlungen über Lohn und Arbeitszeit in der Nordwestgruppe der Eisenindustrie setzten sich die Unternehmer sehr lebhaft für eine allgemeine Preislenkung ein. Sie erkannten an, daß eine Senkung der Eisenpreise allein nicht auf den Weg der Besserung bringen kann. Gleichzeitig wurde darauf hingewiesen, daß nicht nur die Werkskonsumanstalten, sondern auch die Konsumvereine in den letzten Wochen erhebliche Preislenkungen bis zu annähernd 10 Proz. durchgeführt hätten. Von einem Vertreter der freien Gewerkschaften wurde entgegengehalten, daß diese Preislenkungen — im Gegensatz zur Nordwestlichen Gruppe — ohne Lohnabbau erfolgt seien! Interessant ist es, daß bei dieser Gelegenheit ein maßgebender Unternehmervertreter ausführte, die Gewerkschaften müßten die Arbeiterschaft aufklären, nicht immer im nächsten und teuersten Laden zu kaufen, sondern einige Schritte mehr nicht zu scheuen und in das billige Geschäft zu gehen oder in den Konsumverein!

Wir bekennen, daß wir in dieser Frage einmal zu 100 Prozent mit dem betr. Unternehmer einig gehen,

sofern diese Ausführungen ernst gemeint waren. Erkennen auch die Unternehmer der Schwerindustrie, daß das Spiel der freien Kräfte auch in der Bedarfswirtschaft unrationell arbeitet, und daß eine planmäßige Bereitstellung von Waren und Bedarfsartikeln, wie unsere Konsumvereine es tun, im Interesse einer gut geleiteten Volkswirtschaft liegt? Allen Arbeitern, Angestellten und Beamten aber sollte dieses Arbeitgeberwort eine Mahnung sein, durch eine rege Mitgliedschaft im Konsumverein tatkräftig an einer planmäßigen Preislenkung mitzuarbeiten. Es lohnt sich für jeden!

Aus den Zahlstellen

Leipzig. Am 1. Juli fand unsere zum zweiten Male einberufene, nunmehr sehr gut besuchte Mitgliederversammlung statt. Bei Eröffnung geistelte Kollege Beyer die Interessiertheit der Mitglieder am Berufsleben in scharfen Worten. Er erzielte hierauf dem Referenten Genossen Popp zu seinem Vortrag: „Weltwirtschaftskrise, Sozialreaktion und Arbeiterschaft“ das Wort. Derselbe leitete seinen Vortrag ein, indem er der Befreiung des Rheinlandes von der Fremdherrschaft gedachte. Gleichzeitig Brandmarke der Referent den Nationalrummel der Kreise, welche gleichzeitig alle Lasten, welche der Krieg auslöste, auf die Arbeiterschaft abzuwälzen versuchten. Für die Arbeiter heißt es die Augen aufzuhalten, damit der Tag der Entscheidung uns gerettet zur Abwehr findet. Die untergehende bürgerliche Gesellschaft soll durch die Parole, Ankerhebung der Wirtschaft durch Lohnabbau, gerettet werden. Gleichzeitig soll mit dem Kampf gegen die Sozialversicherungen die Kampfschloßheit der Arbeiterschaft, und demzufolge — der Gewerkschaft gebrochen werden. Unsere Aufgabe ist es, die Sozialversicherung in ihrer jetzigen Verfassung zu erhalten und weiter auszubauen. Die Ursachen, welche zur Einführung der Sozialversicherung führten, schildernd, gab er die Vorkriegsstellung des Unternehmertums zur Versicherung bekannt. Nicht die Soziallasten belasten die Wirtschaft, sondern die Leistungsfähigkeit des Volkes ist maßgebend. Daraus geht hervor, daß die deutsche Arbeiterschaft im Zeitalter der Nationalisierung bestrebt sein muß, seine Gesundheit zu erhalten. Die Sozialversicherung als moralische Pflicht des Staates, muß im Angesicht der furchtbaren Not der Arbeiter, trotz aller Angriffe, erhalten bleiben. Die Frage, wie kommen wir aus dieser Situation heraus, beantwortet der Referent damit, daß er die Richtlinien, welche die SPD. aufgestellt hat — bekanntgibt. Diese Forderung ist nur eine Mindestforderung. Darüber hinaus fordert die SPD. Schutz für den älteren Arbeiter. Reicher Weisfall lobte den Referenten. In der Diskussion streifte Kollege Beyer die Bestrebungen der Unternehmer im Beruf, Lohnabbau vorzunehmen. Die Besetzung der Firma J. Z. Weber war berufen, die Angriffe auf ihren Lohn abzuwehren. Aus diesen Vorgängen geht hervor, daß wir alle Ursache haben, die Augen offenzuhalten, damit wir jederzeit derartige Angriffe abwehren. Eins steht fest, der Erfolg des Angriffs hat eine klare Abwehrstellung der Arbeiter und Beamten gezeitigt. Auch der jetzigen Kampfanlage des Unternehmertums wird eine geschlossene Front der Arbeiter gegenüberstehen. Kollege Weisinger führte in der üblichen Weise den Kampf nicht gegen den Unternehmer, sondern gegen die SPD.-Führer. Schuld an den Verhältnissen ist die Koalitionspolitik der SPD. Kollege Seifarth erklärte die Ausführungen des Referenten als puren Wöbism und die SPD.-Anträge als Agitationsanträge. Herzgründlich waren die Schlussworte des Referenten in bezug auf die Einwürfe vom Kollegen Pösching. Er wies auf die bestehenden Verhältnisse zwischen Deutschland und Rußland in bezug auf die erwerbstätigen Frauen hin. In Deutschland ist Nachtarbeit, Arbeit im Bergbau usw. für Frauen verboten, in Rußland dagegen erlaubt. Nicht Quertriebelei, sondern Einigkeit sei dringend nötig, um die Arbeiterschaft zum Siege zu verhelfen. Unter Punkt 2 erläuterte Kollege Beyer die Stellungnahme der Gauleitung und Funktionäre betr. Verlängerung des Steindrucktarifes. Er bat die Versammlung, diesem Vorschlag beizutreten. Die Abstimmung ergab einstimmige Annahme seines Vorschlags. Unter Berücksichtigung kam Kollege Beyer die Aufnahme in die Steindruckernationale bekannt. Damit ist der Verbandstagsbeschluss von Köln verwirklicht. Er wies ferner auf die Ferienreisen des ADGB, Ortsausflug Leipzig, hin und bat, bei Reisen diese Einrichtung zu benutzen. Der Ausschuß der Kollegin Elsa Lange aus dem Verband wurde von der Versammlung sanctioniert. Nachdem Kollege Beyer noch auf die Beschäftigung der Frauen in Kunst und auf eine eventuelle Beschäftigung der Hygiene-Ausstellung in Dresden hingewiesen hatte, wurde die gute besuchte Versammlung geschlossen.

Literatur

„Unter Jugenderbitterheit und Gewalt.“ 5. Auflage. Von Hermann H. u. n. Verlag Rudolf Köhlerverlag, Göttingen (Ostereich). Obere Bahnstraße 61. Preis in Ganzleinen 4,80 M., bei Sammelbestellungen 3,50 M. Wort trägt der Verlag. Der Verfasser ist Arbeiter, er schreibt sich die Ergebnisse seiner Feldforschungen in Rußland vom Herzen. Seine wackeren Schilderungen sind ergreifend, unumstößlich berührt, seine Schreibweise, die frei ist von der oft gescheiterten Art der Literatur. Im amieligen Zeit seines Buches beheimatet er sich mit den Vorgängen nach der Revolution in Rußland, woran er aktiven Anteil nahm, oder wenn nicht, so mit den Vorgängen der russischen Revolution einsteht. Kollege Braun, er ist der Leiter unserer Zahlstelle in Weimar, hat viel für Sowjetrußland gelebt, das wird ihm gewiß niemand verdenken. Er sollte aber neben den Schilderungen in Rußland auch den umgebenen Wäldern der heutigen russischen Arbeiter nicht die Armen dieser Gewaltverherrlichung vergessen, die Opfer, die Arbeiter und guten Willens sind, am Aufbau Sowjetrußlands mitzuarbeiten. Braun ist ein Schilderung zu geben, das Buch kann gern in mehreren Exemplaren werden, ihrer Urteilswürdigung ist nicht vorzuziehen. „Gewerkschafts-Kreis.“ Monatshefte für Theorie und Praxis der gesamten Gewerkschaftsbewegung. Herausgegeben von Karl Swina, Jena, Juliheft 1930. Verlag Karl Swina, Verlagsabteilung, Berlin, Friedrichstraße 20. „Wirtschafts-Informationen.“ Schriftleitung Kurt Selma und Dr. Dietrich, Berlin, Juniheft 1930. Verlag Karl Swina, Verlagsabteilung, Jena, Monatlich ein Heft. „Arbeiter und Beamte der Reichsvereinigungen in der Tabakindustrie.“ Bremen 1930. Verlag des Deutschen Tabakarbeiterverbandes. „Geldwende.“ Schriftleitung für gesundheitliche Lebensführung des Reichsverbandes, Berlin, Hermannstr. 10. „Deutscher Krankenrat.“ Berlin-Gartenstraße 1. „Berliner-Gewerkschaft.“ Berlin, Str. 137. „Weltgesundheits.“ Illustrierte Monatshefte für Gesundheitspflege, Weltgesundheits- und Lebensreform und Fortschrittswissenschaften. Herausgegeben von Dr. Kurt Selma, Berlin, Friedrichstraße 20. „Volkswirtschaft.“ Berlin, Friedrichstraße 20. „Volkswirtschaft.“ Berlin, Friedrichstraße 20. „Volkswirtschaft.“ Berlin, Friedrichstraße 20.

freigewerkschalter fahren nur



Unternehmen d. Gewerkschaften
Kleinere Wochen oder Monatsraten
LINDCAR - FAHRRADWERK
Berlin - Lichtenrade.

28 Groß-Niederlagen
Auskunft und Bestellungen durch alle
Ortsausschüsse des ADGB.

**Zum 25jährigen Bestehen der
Zahlstelle Bielefeld**
findet am Sonnabend, dem 16. August, abends 8 Uhr,
auf dem „Külli“ eine
Zeitversammlung
statt. — Alle Mitglieder der Zahlstelle Bielefeld sowie
der Zahlstellen des Bezirks sind mit ihren Angehörigen
freundschaftlich eingeladen. — Eintrittspreis 1 M., Lang frei.
Der Vorstand.

Am 14. April verstarb an einer heimtückischen Krankheit unsere Kollegin
Serita Böder
im Alter von 25 Jahren.
Ein ehrendes Gedenken bewahrt der Verstorbenen
Der Gauverband Leipzig.

Am 6. Juli verstarb plötzlich durch Unfall unser lieber
Kollege
Richard Lies
(B. N. N.)
im Alter von 42 Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahrt dem Verstorbenen
Die Zahlstelle Breslau.

Am 14. Juli verstarb plötzlich und unerwartet unsere
langjährige Kassiererin
Frieda Sänichen
(Fa. Schliccius)
im Alter von 41 Jahren.
Ein Herzschlag machte ihrem Leben ein Ende. Als
ehriges Mitglied wird ihr Andenken stets in Ehren halten
Die Zahlstelle Magdeburg.

Unserer lieben Kollegin **Marta Popielas** und Bräutigam
die herzlichsten Glückwünsche zur **Verheiratung**.
Zahlstelle Breslau.

Unserer Kollegin **Anna Winkler** und Gemahl zu Ihrer
Verheiratung die herzlichsten Glückwünsche.
Die Mitgliedschaft der Zahlstelle Reichen.

Unserer lieben Kollegin **Anna Koder** und Gemahl die
besten Wünsche zur **Verheiratung**.
Zahlstelle Offenbach.

Die herzlichsten Glückwünsche unserem lieben Kollegen
Alfred Lohde und Braut **Marta Klose** zu ihrer **Verheiratung**.
Zahlstelle Jittau.

Abrechnungen
Einsendungen sind eingegangen aus Berlin 71.000 M.
Berlin, den 19. Juli, 1930. H. Lohde.

Für die Woche vom 20. Juli bis 26. Juli ist die Beitrags-
marke in das 30. Feld des Mitgliedsbuches oder der Mit-
gliedskarte zu kleben.

Briefkasten
E. in Diefen: Als Bericht nicht verwendbar.

Verantwortlich für Redaktion: F. Schulae, Charlottenburg,
Weberstraße 16. Fernruf: Amt Berlin 1838. — Verlag:
G. Lohde, Charlottenburg. — Druck: Buchdruckerei W. G. G.
Berlin SW 61, Dreierstraße 5.